Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 14

Rubrik: Frühere Berichte auf dem neuesten Stand

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Frühere Berichte auf dem neuesten Stand

Der kommunistische Handel mit Südafrika

über den wir in der letzten Nummer berichtet haben, ist Gegenstand einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking geworden.

Die Sowjetunion hat nämlich nach einigem Zögern diesen Sommer die Frage des Handels mit Südafrika in seine Polemik gegen China einbezogen, obwohl es um die heikle Lage einiger Staaten in ihrem eigenen Lager (vor allem der Tschechoslowakei) in dieser Beziehung wissen musste. So hatte «Iswestija» am 11. Juni den «dramatischen Anstieg» des südafrikanischen Exports nach China vermerkt, die Zahlen zum Zuwachs des Handelsvolumens zwischen den beiden Ländern zitiert und festgestellt, dass Chinas Verhalten «gegen die Interessen nicht nur des sozialistischen Lagers, sondern auch der nationalen Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika» verstosse. Am 17. Juni doppelte dann die sowjetische Agentur Tass mit einem Bericht nach, der weitere Details enthielt.

Pekings Reaktion bestand in einem grundsätzlichen Ableugnen aller seiner Handelsbeziehungen mit Südafrika seit 1960, obwohl diese ja aus den offiziellen Handelsstatistiken hervorgehen. Moskau mache das Spiel der imperialistischen Lügen und Erfindungen mit, indem es Gerüchte verbreite, die 1963 in Indien lanciert und dann später von der westlichen Presse wiederholt worden seien. Von den peinlichen südafrikanischen Quellen offiziellen Charakters sprach die Replik der Pekinger «Volkszeitung» (Renmin Ribao) wohlweislich überhaupt nicht.

Dagegen wiederholt der Kommentar die alte Behauptung, dass «das chinesische Volk immer entschlossen den gerechten Kampf des südafrikanischen Volkes gegen die faschistische Herrschaft des Regimes Verwoerd, gegen die Apartheid und für nationale Unabhängigkeit unterstützt» habe. Als ob an der verbalen Unterstützung je gezweifelt worden wäre, da es ja gerade darum geht, ihre heuchlerische Lüge den Fakten des Handels gegenüberzustellen! Aber weil der Gegenangriff viel schöner ist als blosse Verteidigung, erklärt die «Volkszeitung» an die Adresse der osteuropäischen Länder:

«Tatsächlich zeigen die Informationen, über die wir verfügen, dass es wirklich welche gibt, welche einen dicken Handel mit dem Regime Verwoerd betreiben, während sie gleichzeitig ihre Unterstützung für das südafrikanische Volk proklamieren.»

So wird es vermutlich nicht lange dauern, bis wir den gesamten kommunistischen Handel mit Südafrika gesamthaft auch mit kommunistischen Quellen belegen können.

(Der KB wird noch eine Zusammenstellung über die Handelsbeziehungen Portugals mit kommunistischen Staaten veröffentlichen.)

Ein ungarischer Bauer aus dem 17. Jahrhundert gibt den Herren seine Steuern ab.

mer wieder die Leidensfähigkeit des russischen Volkes, seine Bereitwilligkeit, sich zu fügen. Die Ursprünge reichen in das Mittelalter zurück, als sich bloss der leidensfähige Mensch als lebensfähig erwies. Auch die altrussische Institution der Dorfgemeinschaft, in der Beschlüsse mit Einstimmigkeit gefasst wurden und jeder lernen musste, sich der Mehrheit oder der Macht anzuschliessen, ist heute noch spürbar.

So ist denn die rechtsgeschichtliche Untersuchung von Prof. Revesz politische Grundlagenforschung im weitesten Sinne des Wortes und trägt bei zum besseren Verständnis des Grabens, der heute West und Ost noch trennt. *Peter Sager*

Der Club der 75

Entwicklungsländer, der sich an der Genfer Welthandelskonferenz gebildet und rumänische Anschlussbedürfnisse erweckt hatten (siehe letzte Nummer, S. 7), scheint sich nachgerade doch zu einer Institution auszuwachsen. Die gleiche Gruppe bildete sich in der gleichen Stadt erneut an der Internationalen Arbeitskonferenz — und wies diesmal einen Anbiederungsversuch Prags und Moskaus zurück.

Die Jahresversammlung des Internationalen Arbeitsamtes (ILO), einer Uno-Sonderorganisation, umschliesst tatsächlich wiederum die geschlossene «Sonderabteilung» jener 75 Staaten, die wenige Tage zuvor Rumänien doch nicht als «Mitglied» in ihrem Lager aufnehmen wollten. Die Gruppe offenbarte ihren Charakter als Konferenz innerhalb der Konferenz schon beim Traktandum der Präsidentenwahl. Turnusgemäss sollte ein lateinamerikanischer Vertreter an die Reihe kommen, und vorgeschlagen wurde der venezolanische Botschafter Andres Aguilar. Dem aber opponierten die afro-asiatischen Delegierten mit der Kandidatur des Pakistaners Hashim Raza. Hier sahen nun die Ostblockstaaten ihre Chance zu einer grossen Solidaritätskundgebung, die den Westen ausstechen sollte. Im Namen der «sozialistischen Länder» unterstützte der tschechoslowakische Delegierte vorbehaltlos diesen Gegenantrag. Da die Debatte weiterging, forderte die «Gruppe der 75» einen Unterbruch, hielt hinter verschlossenen Türen ihre eigene Versammlung ab und teilte darnach das Ergebnis mit: Aguilar werde den Vorsitz über die diesjährige, Raza den Vorsitz über die nächstjährige Tagung führen. Da die Gruppe über die absolute Mehrheit verfügt (ILO zählt etwas über hundert Mitgliedstaaten), war die Frage damit erledigt.

Aber nicht für die Vertreter der Sowjetunion und der Volksdemokratien. Sie standen völlig isoliert da und mussten sich nach ihrer vorhergehenden Bewerbung um die afro-asiatische Gunst zudem richtig am Seil heruntergelassen vorkommen. Der sowjetische Regierungsdelegierte Borissow bestieg die Rednertribüne und gab seinem Erstaunen darüber Ausdruck, dass eine Gruppe von Ländern einseitig bereits die nächstjährige Präsidentschaft zu vergeben gedenke. Womit er übrigens gar nicht so unrecht hatte. Aber man kann sich vorstellen, wie er reagiert hätte, wenn es ihm gelungen wäre, wie beabsichtigt, den Westen in die Lage hineinzumanövrieren, die fällige, aber bei den Entwicklungsstaaten sehr unpopuläre Bemerkung anzubringen. Dann hätte er wohl von einem Versuch gesprochen, die Nationen der Entwicklungsgebiete einzuschüchtern und diese der vollen Solidarität des «sozialistischen Lagers» versichert. So ist der Pfeil auf den Schützen zurückgefallen.

Dass das kommunistische Anbiederungsmanöver diesmal missglückte, braucht nicht überbewertet zu werden. Auch ging es hier um eine Prozedurfrage und nicht um eine Sachfrage. Aber dennoch ist der Vorfall — das Verhalten der Gruppe der 75 einerseits und die sowjetische Reaktion darauf anderseits — ein Indiz dafür, dass das so oft bewährte taktische Schema des Kremls zur Behandlung der «dritten Welt» heute nicht mehr unbedingt spielt.

Der indische Wohnungskrieg

zwischen prosowjetischen und prochinesischen Kommunisten (Siehe KB, Nr. 13, S. 7) ist unterdessen heisser geworden. So heiss, in der Tat, dass es zur Niederbrennung von 1500 Häusern oder Hütten führte.

Die dramatische Episode im mehr als nur ideologischen Streit fand in Vijayada, im südindischen Staat Andhra statt. Hier haben die Kommunisten eine bedeutende Stärke aufzuweisen. Andhra gehört zu jenen drei indischen Staaten, wo die KPI die grösste Oppositionsgruppe im Parlament darstellt.

Die Brandstiftungen in Vijayavada begann damit, dass die pekinghörigen Parteimitglieder zwei Häuser der moskautreuen «Brüder» anzündeten, worauf diese zu Vergeltungsmassnahmen schritten, nachdem sie die Bevölkerung des in Aussicht genommenen Quartiers per Lautsprecher zum Auszug aufgefordert hatten. Da aber starker Wind herrschte, breitete sich das Feuer in unvorhergesehener Weise aus, so dass weite Wohnflächen verwüstet wurden.

Diese nun wirklich sehr hitzigen Vorfälle vermögen zu zeigen, wie heftig sich die beiden Fraktionen der KPI in der Tat bekämpfen. Die offizielle Parteiführung unter Dange ist dem Moskauer Lager verpflichtet, aber die «chinesische» Spaltergruppe nimmt nicht nur an Aktivität, sondern auch an Mitgliedern zu. Im Staat Andhra umfasst sie einen Drittel der 30 000 Kommunisten.

In Ostdeutschland besitzen von je 100 Haushaltungen 38 ein Fernsehgerät, 44 eine Nähmaschine, 16 einen Kühlschrank und 18 eine elektrische Waschmaschine.

In der Tschechoslowakei verfügen die Studentenheime verschiedenen Charakters über insgesamt 53 000 Plätze, wobei pro Person eine Wohnfläche von 5,4 Quadratmeter zur Verfügung steht. Bis 1970 will man drei Viertel der Studenten, deren Zahl bis dahin 224 000 betragen soll, in solchen Heimen unterbringen.

Im sowjetischen Ufa werden Maschinenteile aus Sägemehl hergestellt. Dieses wird mit Harz zu Holzplasten verbunden, aus denen u. a. Lagerscheiben, Steuerknüppel und Zahnräder hergestellt werden. Man rühmt diesen Produkten einen kleineren Verschleiss als entsprechenden Metallteilen nach. Erste Erfahrungen sind in einer Maschinenfabrik und einem Metallwerk bereits gesammelt worden.

Die jugoslawische Fahrzeugfabrik «Tomos» in Koper, die sich bisher auf die Erzeugung von Motorrollern und Lieferwagen konzentrierte, will ein Kleinauto auf den Markt bringen. «AMI-6» hat vier Sitzplätze, einen Benzinverbrauch von 6 Liter pro 100 Kilometer und eine Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h. Der Kaufpreis beträgt 1 550 000 Dinar (Facharbeiter-Monatslohn 24 000 Dinar). Die Fabrik hat einen Kooperationsvertrag mit den Citroën-Werken.

In der Russischen Föderation (RSFSR) ist die Zahl der Aerzte in den letzten zehn Jahren um 100 000 gestiegen. Auf 10 000 Einwohner entfallen 22 Aerzte und 95 Krankenbetten.

Im Obersten Sowjet der UdSSR stellen die Arbeiter und Bauern 44,8 Prozent der Abgeordneten, in den Lokalsowjets 62,1 Prozent («Kommunist», Moskau). Allerdings: Chruschtschew nennt sich auch Arbeiter (siehe S. 7).

Ein Automat zur Montage von Uhren wurde in der zweiten Moskauer Uhrenfabrik entwikkelt.

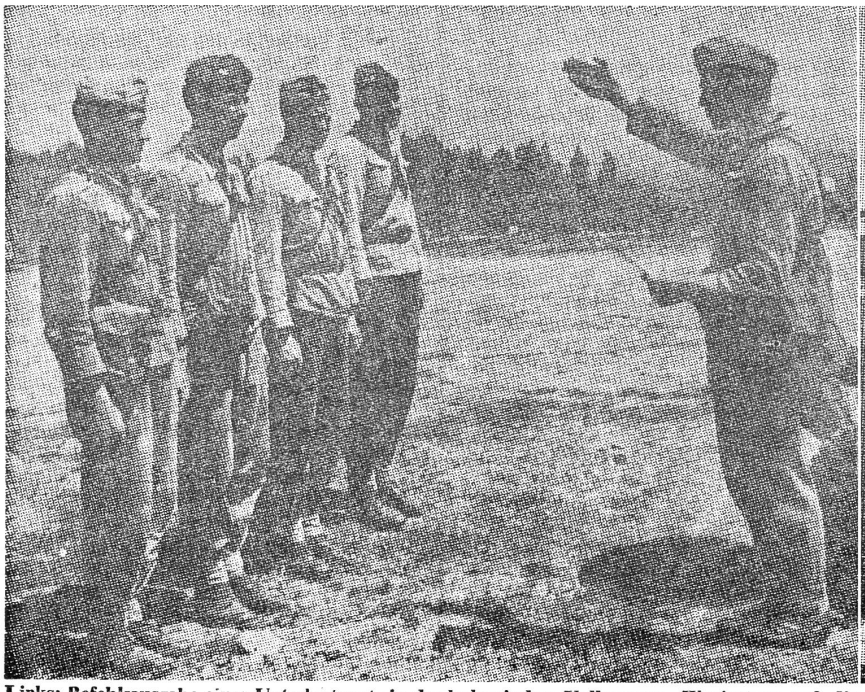
Ueber die Dreharbeiten in der Schweiz zu seinem Lenin-Film äusserte sich G. Alexandrow in der sowjetischen Presse äusserst positiv. Behörden, Fachleute, Presse und Bevölkerung hätten ihm die Aufgabe wesentlich erleichtert. Der Film soll bis Ende dieses Jahres fertiggestellt werden.

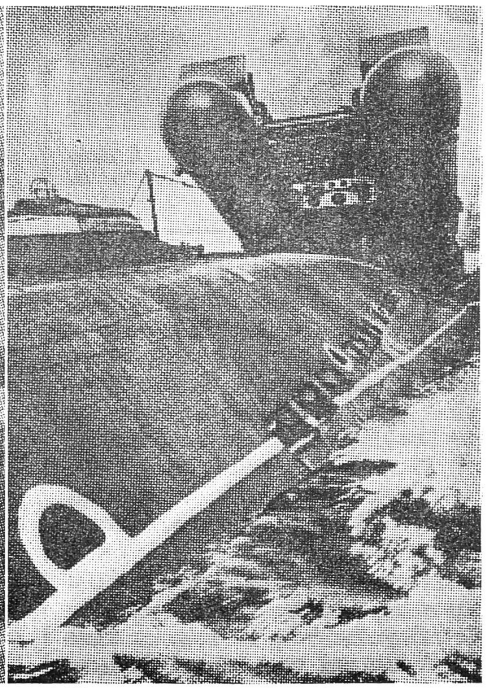
Die Nebenwirtschaften, jene kleinen Parzellen von maximal vier Prozent eines Kollektivgutes, die von den Kolchosbauern zu eigenem Profit bebaut werden können, ernähren in der Sowjetunion über ein Drittel der Bevölkerung. Das Missverhältnis wird zwar oft genug kritisiert, bleibt aber offensichtlich bestehen, weil das Interesse am Privatertrag grösser ist als am (schlecht bezahlten) Gemeinschaftsertrag. Die neueste Bestätigung brachte eine Kontrolle im Kolchos «Probuschdenje» vom Gebiet Gorki: Die Bauern arbeiten nicht mehr als drei bis vier Stunden täglich für das Kollektiv und widmen die restliche Zeit ihrer Nebenwirtschaft.

Informationen in knapper Form

- **Die Todesstrafe für Wirtschaftsverbrechen, die vor drei Jahren in der Sowjetunion wiedereingeführt wurde, ist anscheinend auch von Kuba übernommen worden. Bereits ist ein Provinzbeamter des Binnenhandelsministeriums hingerichtet worden, während mehrere seiner Kollegen Gefängnisstrafen erhielten. Die Urteile wurden mit «Sabotage am Verteilungssystem für Nahrungsmittel in der Provinz Oriente» begründet. Das Regime hat also nicht nur mit politischen Gegnern zu tun, von denen nach Aussagen der geflüchteten Schwester Castros 75 000 eingekerkert sein sollen.**
- **Laut der italienischen KP-Zeitung «Unità» führt Jugoslawien gegenwärtig Verhandlungen über eine Art Assoziierung zum Comecon, der Wirtschaftsorganisation des Ostblocks. Das wäre ein Präzedenzfall, da die Comecon-Statuten neben dem Beobachterstatus (den Jugoslawien faktisch, aber nicht offiziell hat) nur die Vollmitgliedschaft vorsehen. Jugoslawien würde in fünf der ständigen Kommissionen mitwirken und in gewissem Ausmass mit der Comecon-Bank zusammenarbeiten, die zu Jahresbeginn errichtet wurde.**
- **In der Tschechoslowakei werden dieses Jahr 180 unrentable Betriebe ihre Produktion einstellen. Für die 16 000 betroffenen Beschäftigten sollen andere Arbeitsplätze gesichert sein. Diese Massnahmen zur Sanierung der Wirtschaft sollen 1965 fortgesetzt werden und sich hauptsächlich auf die Industriegebiete um Prag, Pilsen, Brno (Brünn) und Ostrava konzentrieren.**
- **In China ist auf dem Land eine neue Säuberung im Gange, die sich hauptsächlich gegen lokale Funktionäre richtet, denen man Zusammenarbeit mit den reaktionären Elementen vorwirft. Von Hinrichtungen wird aus den Südprovinzen Kwangtung und Kwangsi berichtet.**

Zu unserem Beitrag über die kommunistischen Streitkräfte in der Beilage





Links: Befehlsausgabe eines Unterleutnants in der bulgarischen Volksarmee. Wenigstens auf diesem Bild macht die persönliche Ausrüstung keinen überwältigenden Eindruck. Rechts: U-Boot vom Typ W, mit zwei Startröhren für ballistische Flugkörper ausgerüstet.